Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Die unmittelbare Nachkriegszeit wird häufig als ‚Stunde Null[1]‘, in der alles auf Anfang gesetzt wurde, bezeichnet. Historiker*innen streiten darüber, ob diese Bezeichnung zutrifft. Dass es aber Möglichkeiten gab, nach der ‚totalen‘ Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation neue Wege einzuschlagen, scheint logisch. Eine solche Weichenstellung war auch in Bezug auf die Wirtschaftsordnung möglich. Vor allem aus dem sozialdemokratischen und kommunistischen Lager kam der Vorwurf, das ‚Großkapital‘, reiche Industrielle und Großgrundbesitzer, hätten Hitler und seiner Partei zur Macht verholfen. Damit sich dieser Fehler nicht wiederhole, müsse nun eine andere Wirtschaftsordnung geschaffen werden. Hinzu kam die mangelhafte Versorgungslage der Nachkriegsjahre, für die unter anderem die ungleiche Verteilung des Wohlstands verantwortlich gemacht wurde. Das führte zu einer antikapitalistischen Stimmung in Deutschland.

Die Berliner SPD forderte im Juni 1945, Schlüsselindustrien wie den Bergbau zu verstaatlichen, aber auch Banken und Versicherungen in staatliche Hand zu überführen. Auch die CDU wollte in den ersten Jahren nach Kriegsende die wichtigsten Wirtschaftszweige staatlich kontrollieren und Monopole zerschlagen. Eigentum sollte gerecht verteilt werden und dem Gemeinwohl dienen. Die KPD unterstützte die Forderungen nach Vergesellschaftung. Die Gewerkschaften setzten sich ebenfalls dafür ein, dass wichtige Teile der Wirtschaft verstaatlicht werden.

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen kam es in den Jahren 1947 und 1948 immer wieder zu Auseinandersetzung um die Sozialisierung. Am 29. Juli stellte die SPD einen Gesetzentwurf vor, der durch die Unterstützung von Zentrum und KPD eine Mehrheit bekam. Die CDU, die mittlerweile Abstand von größeren Vergesellschaftungsprojekten genommen hatte, zögerte die Abstimmung bis zum 6. August hinaus, konnte aber nicht verhindern, dass das „Rahmengesetz zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft“ an jenem Tage beschlossen wurde. Das Gesetz benötigte nur noch die Zustimmung der britischen Militärregierung, um in Kraft treten zu können. Die Briten lehnte das Gesetz jedoch mit dem Hinweis ab, eine solche Änderung könne zu großen Einfluss auf Gesamtdeutschland haben. Das bedeutete einen Schlussstrich unter den Bemühungen, neue Wege zu gehen und die wirtschaftlichen Strukturen zu verändern.

[1] Zu diesem Thema findet ihr weitere Materialien in unserem Online-Portal.

M5.1.1 POLITISCHE PROGRAMME NACH 1945

Text nach: Fuhrmann, Uwe: Die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft 1948/49. Konstanz, 2017. S. 79-90